

TEXT PODCAST

24. Mai 2012

Sendefähiger Audiobeitrag zum Thema:

Perspektiven für eine bessere Pflege

14 Akteure aus Gewerkschaften, Selbsthilfe und Verbraucherververtretungen, Sozial-, Wohlfahrts- und Berufsverbänden haben sich zu dem „Bündnis für gute Pflege“ zusammengeschlossen. Gemeinsam fordern die Bündnispartner „Perspektiven für eine bessere Pflege“ in Deutschland. Diskutiert wurde dieses Thema mit den pflegepolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen in Berlin.

O-Töne von

- Dieter Lang, Referent für Senioren und Pflege beim Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv)
- Ellen Paschke, Vereinte Dienstleistungsgesellschaft (ver.di)
- Willi Zylajew, CDU
- Hilde Mattheis, SPD
- Elisabeth Scharfenberg, Bündnis90/Die Grünen

Beitrag

Im Alter nehmen gesundheitliche Probleme naturgemäß zu. Werden die Beeinträchtigungen zu groß, sind die Betroffenen auf Pflege angewiesen. Das betrifft in Deutschland aktuell rund 2,3 Millionen Menschen. Doch um die Pflege älterer Menschen ist es hierzulande nicht gut bestellt, beklagt das „Bündnis für gute Pflege“. Zu diesem Zusammenschluss aus 14 Organisationen gehören Sozial-, Wohlfahrts- und Berufsverbände sowie Gewerkschaften. Auch der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) unterstützt das „Bündnis für gute Pflege“, denn in unserer alternden Gesellschaft werden die Probleme rund um die Pflege noch zunehmen. Dieter Lang ist Referent für Senioren und Pflege beim Verbraucherzentrale Bundesverband. Er kritisiert die schleppende Reform der Pflegeversicherung und fordert ein besseres Pflegeversicherungsgesetz:

O-Ton 1 Dieter Lang, Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) (0:43 Min)

Wir wollen erstens, dass der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff geschaffen wird. Wir wollen zweitens, dass die Situation für die angehörigen Pflegenden verbessert wird. Die müssen mehr Freizeit bekommen, die müssen mehr Entlastung bekommen in ihrer häuslichen Situation. Wir wollen drittens, dass auch die Arbeitskräfte in der Pflege ein besseres Standing erhalten, dass sie mehr verdienen, dass sie bessere Arbeitsbedingungen erhalten, und wir wollen viertens eine nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung durch die Einbeziehung anderer Einkommensarten und durch die Erweiterung des Personenkreises, der in die gesetzliche Pflegeversicherung einahlt.

Die Probleme sind vielfältig: Hinter dem sperrigen Wort „Pflegebedürftigkeitsbegriff“ verbirgt sich die Frage, ab wann Menschen überhaupt Pflege in Anspruch nehmen dürfen. Das betrifft insbesondere an Demenz erkrankte Menschen, die im jetzigen System stark benachteiligt sind. Ein weiteres und zentrales Problem ist die Ausbildung und Bezahlung professioneller Pflegekräfte. Wenig Personal, viele Überstunden und Pflege im Minutentakt – so ist gute Pflege undenkbar, mahnt Ellen Paschke von der Gewerkschaft ver.di. Sie fordert

bessere Ausbildungsbedingungen und kritisiert Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) für die Festlegung zu niedriger Vergütungssätze:

O-Ton 2 Ellen Paschke, Vereinte Dienstleistungsgesellschaft (ver.di) (0:36 Min)

Minister Bahr hat im Bundeskabinett durchgesetzt, dass künftig die Pflegekassen auch mit Einrichtungen Verträge schließen müssen, die keine ortsübliche Vergütung zahlen. Er will den Mindestlohn, 7,75 Euro im Osten und 8,75 Euro im Westen, - viel zu wenig, viel zu niedrig eigentlich – zum Standard machen. Das verstärkt den Druck auf alle Einrichtungen, die Tarifverträge anwenden. Darum lehnen wir ein solches gesetzlich gefördertes Lohndumping in der Pflege ab und fordern jede Abgeordnete und jeden Abgeordneten auf, dieser Lohndrückerei die Zustimmung zu verweigern.

Während die pflegepolitische Sprecherin der FDP, Christine Aschenberg-Dugnus die niedrigen Mindestlöhne in der Pflege verteidigt, will sich ihr Koalitionskollege Willi Zylajew von der CDU für eine tarifliche Bezahlung der Pflegekräfte einsetzen. Doch umfassende Verbesserungen in der Pflege seien nur schwer zu finanzieren, so Zylajew weiter:

O-Ton 3 Willi Zylajew, CDU (0:12 Min)

Wir brauchen mehr Geld, sage Ihnen aber genauso eindeutig: In dieser Wahlperiode besteht da von den Koalitionsfraktionen aus keine Mehrheit.

Für weitgehende Verbesserungen in der Pflege rechnet Hilde Mattheis von der SPD mit einem Bedarf von 6 Milliarden Euro:

O-Ton 4 Hilde Mattheis, SPD (0:24 Min)

Unsere Hauptforderung ist eine Ausgleichszahlung von den privaten Pflegeversicherungen an die soziale Pflegeversicherung. Das ist ein wichtiger Punkt, und natürlich geht es auch mit einer Bürgerversicherung-Pflege. Also alle zahlen ein, alle Einkommensarten werden heran gezogen, und natürlich muss man auch über Beitragssatzerhöhungen reden, paritätisch.

Elisabeth Scharfenberg von Bündnis90/Die Grünen lehnt es ab, das Pflegerisiko durch private Zusatzversicherungen zu individualisieren und spricht sich ebenfalls für eine Bürgerversicherung aus:

O-Ton 5 Elisabeth Scharfenberg, Bündnis90/Die Grünen (0:15 Min)

Der Hauptpunkt bei der Pflege-Bürgerversicherung und der Hauptprofit letztendlich liegt in der Verbreiterung der Einkommensbasis. Das heißt, je mehr Menschen einzahlen, desto besser finanziert sich die Pflege-Bürgerversicherung.

Wir dürfen Pflege nicht als Ware sehen, ergänzt Kathrin Senger-Schäfer von der Bundestagsfraktion Die Linke, diese Forderung. Dass gute Pflege nicht umsonst zu haben ist, darüber sind sich die Diskutanten einig. Doch letztlich geht es um mehr als Geld, denn gute Pflege ist ein Menschenrecht.